

Herr Bürgermeister,
verehrte Anwesende,

Herr Mecklenbrauck, Sie haben zu Beginn ihrer Einbringungsrede Dante Alighieri zitiert. Sie sagten:

**„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,
der andere packt sie kräftig an und handelt.“**

Für wahr, sie haben mit ihrem Team einen Haushalt eingebracht, der uns, den Rat der Stadt Bergkamen (noch) nicht überflüssig macht.

Rat und Verwaltung bewahren sich ein kleines Stück Handlungsfreiheit.

Ich füge ein weiteres Zitat von Dante hinzu:

**„Es ist lästig, bei offenkundigen Dingen noch Beweise
beizubringen“**

Deutschlands Städte und Gemeinden rechnen in diesem Jahr mit einem Rekorddefizit in Höhe von zwölf Milliarden Euro. Das seien fast 50 Prozent mehr als in der bislang schwersten kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003“, so sagte es Städtetag-Präsidentin Petra Roth bei der Vorlage der Finanzprognose in Berlin.

Weiter sagte sie: "Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden."

Bernd Jürgen Schneider, der Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes, wird da noch deutlicher.

Zitat: „Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Sie werden regelrecht zerrieben durch wegbrechende Einnahmen, explodierende Ausgaben, sowie durch steigende Kassenkredite.“

So ist es auch bei uns in Bergkamen.

Die Kassenkredite steigen von ehemals ca. 20 Mio Euro auf nun 87 Millionen. Auch die durchschnittliche Inanspruchnahme, die früher bei ca. 50% lag, muss heute teilweise zu 100% ausgeschöpft werden.

Es bricht die Gewerbesteuer in 2009 gewaltig ein und nicht weniger katastrophal sieht es bei der Einkommensteuer aus.

Diese Entwicklung zerreißt die kommunalen Kassen.

Und in den Bereichen Soziales und Jugend weisen die Ausgaben alarmierende Steigerungsraten auf. Was früher als Einzelfallhilfe

von den Kommunen gedacht war, ist heute ein nicht mehr zu schulterndes Massengeschäft.

Und wie reagiert unsere Regierung in Düsseldorf?

Sie reagiert befremdlich, indem Ministerpräsident Rüttgers auf ein Schreiben der Bürgermeister unseres Kreises und des Landrates noch nicht einmal eine Eingangsbestätigung verschickt.

Und weiter: Am 2. Dezember letzten Jahres gab es von Ingo Wolf, als NRW-Innenminister zuständig als Interessenvertreter der Kommunen im Lande, auf die Forderung nach einem Rettungsschirm für die Gemeinden, lediglich den platten Hinweis, die Kommunen mögen sich angesichts der Finanzlage von Aufgaben trennen.

Das passt genau zu den Forderungen der Vergangenheit und den Bestrebungen, die Gemeindeordnung dahin gehend zu verändern, große Teile der kommunalen Daseinsvorsorge zu privatisieren.

Die Lobby-Politik in Bund und Land will nicht sehen, dass die Gemeinden viele ihre Pflichtaufgaben nur noch dadurch wahrnehmen können, indem sie mit ihren Beteiligungen Erträge erzielen, die dann der Allgemeinheit zu gute kommen.

Wenn die Äußerungen von Ingo Wolf nicht Bestandteil einer langfristigen Strategie der FDP sind, dann doch zumindest „ein Schlag ins Gesicht der Ertrinkenden“.

Treffend formulierte es SPD-Innenexperte Jäger im Landtag.

Zitat: „Wolf habe die kommunale Landschaft in ein Trümmerfeld verwandelt. Die Kommunen bluten aus. Das Land saniere sich auf Kosten der Städte und Gemeinden, indem es ihnen ausgleichende Rückzahlungen bei den Leistungen für den Aufbau Ost verweigere.“

Und interpretiert man die Äußerungen Wolfs im Kontext mit denen unseres Regierungspräsidenten, so könnte man, ganz nüchtern betrachtet, die derzeitige Situation als massive Aushöhlung demokratischer Strukturen betrachten.

Die Kommunen und ihre Räte sind real kaum in der Lage, politisch akzentuiert, Entscheidungen herbeizuführen und umzusetzen. Der Handlungsspielraum wird immer kleiner, reduziert sich immer mehr zu einer Verwaltung und Organisation von Pflichtaufgaben. Und dazu bräuchte man die Räte nicht.

Die Wahrheit aber ist: Hier vor Ort spielt die Musik, die wir Demokratie nennen. Hier bei uns in den Kommunen spielt die „Musik“ der gesellschaftlichen und sozialen Daseinsvorsorge.

Wir werden jeden Mikrospielraum ausnutzen, um weiter gestalten zu können.

Gesellschaftlich wünschenswerte Entscheidungen allerdings können wir im Moment nicht treffen. Es schwingen noch zu viele Unsicherheiten mit.

Beispiel: Weder ist die Konjunkturentwicklung konkret abschätzbar, noch erkennen wir die Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt. Die zu erwartende Erhöhung der Kredit-Zinssätze wird sich spürbar auswirken und dies kann den zu verabschiedenden Haushalt schnell zur Makulatur werden lassen.

Auch der Blick auf unser Eigenkapital der letzten 4 Jahre zeigt die dramatische Entwicklung:

Waren es in der Eröffnungsbilanz am 1.1.2007 noch 104 Millionen Euro, so werden es 8 Jahre später nur noch 31 Millionen Euro sein. Der Zeitpunkt einer möglichen Überschuldung ist nicht fern.

Nun aber konkret zu den Rahmendaten unseres HSK.

Zur Grundhaltung der Grünen/ GAL-Fraktion habe ich einleitend gesagt, dass wir müssen unsere Handlungsfähigkeit erhalten müssen. Folglich werden wir dem HSK und dem Haushalt zustimmen, auch wenn unsere Bewertung in Einzel-Positionen eine andere ist.

Obwohl wir einzelne Partituren nicht mitspielen, werden wir das Konzert nicht absagen. Dass hieße nämlich, wie der Kämmerer es richtig formulierte,

„bewährte und zukunftssträchtige Bereiche kaputtsparen“.

Die klare Begrenzung auf 41 Einsparpositionen und die Erläuterungen dazu zeigen, dass es die Kämmerei geschafft hat, mit großer Transparenz und Fingerspitzengefühl das große Desaster vorerst abzuwenden.

Meine Fraktion bleibt allerdings skeptisch, ob es gelingen wird, die Einsparpotentiale auch zu erreichen. So lassen wir die gewaltigen Summen „Reduzierung Aufwendungen Heim- und Jugendpflege“ erst einmal stehen. Schließlich haben wir da so unsere Erfahrungen mit den Nachtragshaushalten der zurückliegenden Jahre.

Zum anderen wissen wir genau, dass die zuständigen Mitarbeiter es an nichts mangeln lassen, die Standards in der Heim- und Jugendpflege zu halten oder gar zu erhöhen.

Trotzdem unterstützen wir dieses Ansinnen bei den Kosteneinsparungen im Jugendbereich ausdrücklich. Der Trend bei der Fremdunterbringung von Kindern muss gewendet werden.

Durch den Einsatz von zusätzlichem Personal kann verstärkt den Familien geholfen werden, bevor sie auseinander fliegen.

Wenn es ein einzelner Beschäftigter im ASD schafft, auch nur eine Fremdunterbringung zu vermeiden, dann ist das nicht nur ein humanitärer Erfolg, auch für den Haushalt wirkt das schon entlastend.

Ich will im Weiteren nicht jede einzelne der 41 Positionen bewerten. In zwei Jahren, wenn vielleicht die Rahmendaten der kommunalen Finanzierung etwas belastbarer sind, werden wir über einzelne Positionen, die heute schon für 2012 bis 2014 eingestellt sind, neu diskutieren müssen.

So sehen wir z. B. im Zusammenhang mit dem Schacht III zwar dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Nutzung, ob aber die Stadt Bergkamen ein solches Gebäude veräußern soll, da haben wir deutliche Zweifel. Die dauerhafte Ersparnis liegt bei 27.000€ im Jahr, das jetzt eingestellte einmalige Ergebnis für den Verkauf in 2014, ermöglicht uns allerdings aktuell die schwarze Null, die wir Ende 2014 erreichen wollen.

Und auch im Kulturbereich betrachten wir einige Vorschläge als Platzhalter. Wir haben noch zwei Jahre Zeit, unabhängig vom heutigen Votum, und dann muss im Einzelfall im Kulturausschuss beraten und beschlossen werden. Noch ist für uns die Hoffnung real, dass wir die Kürzungen bei bewährten Angeboten, wie der BluesNight oder dem Kultursommer verhindern können. So hat sich beispielsweise die BluesNight über die Jahre zu einem festen Bestandteil der Bergkamener, aber auch regionalen Kulturszene entwickelt, zu dem es in der Region kein adäquates Alternativangebot gibt. Eine Streichung würde von unserer Fraktion nie mitgetragen.

Einsparungen allerdings, durch eine veränderte Organisationsstruktur und Finanzierungsbedingungen sollten möglich sein und genutzt werden, ohne das Gesamtpaket in Frage zu stellen. Im Kulturausschuss werden wir hierzu neue Konzepte entwickeln.

Ebenso wird unsere Fraktion eine Gebühr für Schulische Abschlüsse nie akzeptieren. Ich kann aber darauf verweisen, dass

der Kämmerer sich dazu zwischenzeitlich klar geäußert hat und wir davon ausgehen können, dass die Verwaltung dies auch nicht beabsichtigt.

Meine Damen und Herren,

„**Kräftig anpacken und handeln**“, so wie der Kämmerer sagte, kann eine Perspektive sein für die nächsten 4 Haushaltsjahre, aber nur, wenn die Rahmendaten so bleiben. Doch danach sieht es nicht aus.

Die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werden uns mit voller Wucht erreichen. Allein die Mehrwertsteuersenkung für die Hotels führt wegen der Finanzierungssystematik dazu, dass allein Bergkamen dadurch Mindereinnahmen im mittleren fünfstelligen Euro-Betrag zu erwarten hat.

Eine Pikanterie am Rande: Seit Januar haben fast 20 % der Betriebe, trotz Steuerentlastung, die Übernachtungspreise erhöht. Innerhalb der FDP und der CDU wird diese Entscheidung, auch wenn sie eine Petitesse ist, immer noch schön geredet. Sie hat aber überragende Symbolkraft in Bezug auf das politische Handeln unserer Regierungen in Düsseldorf und Berlin.

Herr Mecklenbrauck, auch wenn wir in den Kommunen noch so kräftig anpacken, die Ergebnisse werden zukünftig nüchtern ausfallen.

Wir haben schon jetzt eine Menge veranlasst: wir haben Vermögen veräußert, Personal abgebaut, Pflichtaufgaben noch effizienter erfüllt, die freiwilligen Leistungen auf ein Minimum beschränkt und die Investitionen auf einen historischen Tiefststand zurückgefahren.

Was bleibt, auch wenn es schwer fällt, ist das Drehen an der Gebühren- und Steuerschraube.

Das war's dann aber auch. Das verschafft nur kurzfristig Luft. Strukturelle Probleme lösen wir so nicht. Was wir brauchen, ist eine verlässliche Finanzierung, die es dauerhaft ermöglicht, die notwendigen Reformen auch umzusetzen.

An dieser Stelle werde ich auf einige grundlegende Aspekte der Entwicklung unserer Gesellschaft eingehen, bevor ich mich wieder konkret dem Haushalt zuwende.

Seit über 40 Jahren haben wir kontinuierlich steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen, obwohl auch diese Jahre immer von Wachstum geprägt waren. Die steigende Arbeitslosigkeit und die seit Jahren sinkenden Lohnquoten bescheren aber dem

Staat steigende Sozialausgaben, die heute kaum noch finanzierbar sind.

Der immer wieder gepriesene Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlstand gilt zunehmend nicht mehr für weite Teile der Bevölkerung.

Und mit der Finanzmarktkrise hat diese bisherige Wachstumsideologie unseres Wirtschaftssystems einen noch deutlicheren Dämpfer erhalten.

Immer höher, immer mehr, so kann gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben auf Dauer nicht funktionieren.

Aber wir freuen uns, wenn die Bundesregierung aktuell erklärt, dass das BIP nun doch um 0,2 % stärker steigt als noch vor Wochen angenommen und hoffen auf bessere Zeiten.

Doch was sagen die Zahlen:

- seit 40 Jahren steigt das BIP mit großen Raten, gleichzeitig aber stieg auch die Arbeitsquote um mehr als das 20-fache, allein in Westdeutschland von ca. 150.000 zu den Anfangszeiten der Ära Willi Brandts auf heute über 3 Millionen.
- Unser fehlgeleitetes Denken in Bezug auf das BIP wird auch deutlich bei den Folgen einer Naturkatastrophe oder der Beteiligung an einem Krieg: Je mehr Menschen durch einen Unfall zu Schaden kommen und langfristig in Reha-Maßnahmen behandelt werden, oder je mehr Rüstungsgüter in Afghanistan zerbombt werden, desto mehr steigt das BIP, aber nicht unser

Wohlstand. Es sind zwei Größen, die nicht immer miteinander korrelieren.

Gleichzeitig mit dem Festhalten an alten Prinzipien und dem Wachstumsfetisch, verschärfen sich die umweltpolitischen Probleme unseres Erdballs dramatisch und werden zusammen mit dem Problem der nicht geklärten Energiefrage immer mehr zu zentralen Herausforderungen auch kommunaler Politik. Wir sehen es an der aktuellen Diskussion über die Verlängerung der Laufzeiten bei Atomkraftwerken und wie dies die Existenz der kommunalen Energieversorger gefährdet.

Es gibt jedoch Antworten auf diese Herausforderungen, Antworten, die aber diesem System zuwiderlaufen.

So bescheinigt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten der Bundesregierung, dass diese die Zukunft des Landes aufs Spiel setze. Statt Mittel in innovationsfähige Projekte oder Bildung zu investieren, werden Entlastungen bei Unternehmenssteuern, Erbschaftssteuer und Einkommensteuer in Milliardenhöhen versprochen. Dabei ist gerade jetzt ein lokales und dezentrales, an regionalen Wirtschaftskreisläufen orientiertes Handeln mehr denn je gefragt.

Sogar aus dem Haus von Gordon Brown hört man aktuell neue Töne: Er spricht davon, den Begriff Wohlstand neu zu überdenken und ihn neu zu bemessen. Der allgemeine Gesundheitszustand, das Bildungsniveau, die Lebenszufriedenheit, die Qualität der

zwischenmenschlichen Beziehungen und der soziale Zusammenhalt sollen in diese Gesamtbilanz mit einbezogen werden. Dabei sollen auch diejenigen Mittel im Vordergrund stehen, mit denen wir diese Leistungen tatsächlich erbringen; nämlich, der Verbrauch von Naturkapital – eine Art Ökobilanz also.

Und Meinhard Miegel, einer der großen bundesdeutschen Ökonomen, durchaus ein konservativer, ergänzt im Zusammenhang mit dem Wachstums-Beschleunigungs-Gesetz: Zitat:

„Die Beschwörung des Wachstums ist ein Nachhall vergangener Zeiten. Das ist heute nicht mehr sinnvoll, was da gemacht wird. Es zeigt, wie hinterwäldlerisch die Politik ist. Sie hat gar nicht begriffen, was heute Not tut, sondern sie versucht mit ganz einfachen Instrumenten neue Herausforderungen zu bewältigen. Und das kann nicht funktionieren, es wird auch nicht funktionieren.“

Und weiter sagt er:

„Wir könnten auf ungefähr 30 % der Dinge verzichten, ohne dass wir irgendwelche Armutsgefühle entwickeln würden. Die Menschen in 50 Jahren werden mit deutlich weniger materiellen Gütern leben als gegenwärtig. Sie werden lokalproduzierte Produkte kaufen und verzehren. Sie werden ihre Mobilität eingeschränkt haben und sie werden damit nicht unglücklicher sein. Denn sie werden alternative Formen entwickelt haben, die sie mindestens so befriedigen, wie das, was sie gegenwärtig haben.“

Aber was bedeuten diese gesellschaftlichen Forderungen konkret für uns in Bergkamen, für unsere Kommunalpolitik?

Wir hier, Rat und Verwaltung in Bergkamen können richtungsweisende Zeichen setzen.

Tätigkeitsfelder, die man nachhaltig nennt, gibt es viele. An dieser Stelle nenne ich einzelne Schlaglichter:

- Da ist z.B. der öffentliche Personen-Nahverkehr: wir dürfen eine weitere Ausdünnung des Angebots nicht zulassen. Wir müssen den Menschen, unabhängig von ihrer materiellen Situation, Mobilität ermöglichen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Diskussion über das Sozialticket: Die genannten Mehrkosten sind rechnerische, keine faktischen. Faktisch gab es bei der VKU Mehreinnahmen.
- Weiter sind wir überzeugt, dass wir abrücken müssen von so unsinnigen Projekten, wie dem Bau der L821n, um sinnvollen und zukunftsweisenden Vorhaben, wie der Stadtbahn, größere Chancen einzuräumen. Beides wird es nicht geben. Und da erfreut es uns, dass im Haushalt dazu keine Städtischen Eigenmittel mehr eingestellt sind. Vielleicht ist es ja ein Zeichen.
- Wir müssen in Zusammenarbeit mit der GWA und der GSW zu einer Vereinbarung kommen, um die Bio-Abfälle im Kreis besser zu verwerten. Eine Pilotanlage zur Vergärung ist die bessere Alternative zur Kompostierung: das entstehende Biogas kann

verstromt oder noch besser nach der Reinigung in das GSW-eigene Erdgasnetz eingespeist werden, was die Abhängigkeit von Importen mindert.

- Und weiter: Auch wenn unser Antrag auf Erstellung eines Energie-Einspar-Gutachtens vor etwas mehr als zwei Jahren hier gescheitert ist, sind wir von der Notwendigkeit dessen, was wir damit erreichen wollten, weiterhin überzeugt. Der dazu gestellte Antrag liegt Ihnen in schriftlicher Form vor.

In einem Gespräch mit dem grünen OB von Tübingen, Boris Palmer, wurde uns plausibel erläutert, dass es neben der energetischen Sanierung von Gebäuden noch viele weitere, kommunal steuerbare Energieeinspar-Potenziale gibt. In der Literatur findet man, ausgehend vom derzeitigen Stand, Angaben bis zu 70%. Ein deutlicher Hinweis vom OB war der, dass dieses konkret für die jeweilige Gemeinde erfasst werden muss. Und dazu dient unser Antrag. In der Begründung habe ich es schon angemerkt: Auch beim Radwege-Gutachten waren wir, obwohl wir Bergkamen besser kennen als die damaligen Gutachter, überrascht über die Vielzahl von Anregungen, die in Folge auch peu á peu umgesetzt wurden und werden. Es wäre ein Zeichen, wenn der Rat dem Antrag zustimmt, der Haushalt würde dadurch nicht gefährdet. Aber gut: der Antrag ist nicht von der SPD.

- Der nächste Punkt: Bei der Entwicklung des FNP's müssen wir auch den oft schon zitierten demographischen Wandel

berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, dass Rat und Verwaltung Überzeugungsarbeit gegenüber den Wohnungsbau-Gesellschaften leisten müssen, dass aus Quantität sich Qualität entwickeln kann.

Meine Befürchtungen zu der Waldsiedlung mit den Auswirkungen auf den Wohnungsleerstand in der Stadtmitte West, geäußert im Stadtentwicklungsausschuss, führten allerdings dazu, dass der Ausschussvorsitzende in seiner anschließenden Kommentierung dies als Ausschweifung bezeichnet. Kausalitäten können oft sehr kompliziert sein, und manchmal dauert es länger, bis die politische Mehrheit den grünen Argumenten zugänglich ist.

- Ein anderer wichtiger Aspekt ist das Generationen übergreifende Bauen. Kommunal können wir es ermöglichen, in Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Wohnungsbaugesellschaften, dass auch der Gedanke dieses Bauens sich stärker in den Köpfen verankert. Wir müssen initiativ werden, auf die Wohnungsbaugesellschaften zugehen, um Vorsorge zu treffen hinsichtlich der Überalterung der Gesellschaft und den sich daraus ergebenden Kosten.
- Nun ein letzter Gedanke, bei dem ich das Gefühl der Zerrissenheit spüre: Im Dezember letzten Jahres trafen wir in Hinblick auf diesen Haushalt eine schwere Entscheidung, wir erhöhten die Kindergarten-Beiträge. Auch wenn sie sozial ausgewogen war, so dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass die Kindergarten-Betreuung ein Bestandteil kindlicher Bildung ist und Bildung

insgesamt kostenfrei sein muss. Um dieses Ziel zu erreichen, können wir bei der Landtagswahl im Mai einen entscheidenden Schritt tun und diese Landesregierung abwählen.

Meine Damen und Herren,
abschliessend nun ein paar Anmerkungen zu den uns vorliegenden Anträgen:

Die CDU-Fraktion macht sich stark für den Erhalt der kulturellen Veranstaltungen. Dies findet unsere ausgesprochene Zustimmung. Sie will die Kultur vor dem Rotstift retten, so die Schlagzeile schon im Februar.

Das wollen wir auch.

Inhaltlich ist zwischen ihren Anträgen und unserer Haltung dazu auch nicht der geringste Dissens. Auch wir werden Einschnitte im Kulturbereich nicht hinnehmen und trotzdem werden wir ihren Anträgen nicht zustimmen.

Ich sprach soeben von Platzhaltern aus buchhalterischen Gründen, damit ein Ausgleich bis 2014 zu erzielen ist.

Und über jede konkrete Massnahme, auf die ihre Anträge abzielen, wird im Kulturausschuss beraten und beschlossen.

Bei dem Vorschlag zur Gegenfinanzierung überkommt mich dann doch ein gewisses Staunen. Die CDU macht es sich leicht mit der Forderung, unsere Unternehmen bezahlen zu lassen, und das schon verstärkt ab 2011.

Vor dem Hintergrund aber der mehrjährigen Diskussionen von Schwarz-Gelb in Düsseldorf über die Zerschlagung von kommunalen Betrieben, kommt mir hier ein böser Verdacht. Geht es um den Erhalt der Kultur oder um die indirekte Unterstützung der Düsseldorfer Pläne, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu beschneiden. Der Frontalangriff auf den §107 der NRW-Gemeindeordnung durch CDU und FDP lässt den Verdacht aufkommen, dass lokal schon an einer weiteren Verschärfung mitgearbeitet wird.

Wir können das Thema der erhöhten Zuwendungen in den nächsten Wochen in aller Ruhe und Gelassenheit angehen. Ob der Zielwert des Haushaltes in 2014 die schwarze Null hat oder einen Überschuss von 100.000€ zusätzlich, ist für die heutige Entscheidung völlig irrelevant.

Nun aber ein paar Anmerkungen zu den beiden Anträgen der FDP: Sie sind beide ähnlich. Sie bezwecken eine Aufgabenkritik und lehnen sich dem Antrag an, der schon auf Kreisebene, dort mit Zustimmung der SPD, verabschiedet wurde. Aber auch da zeigt sich schon jetzt, welche Probleme es bei der konkreten Umsetzung gibt.

Abgesehen davon, dass uns hier mit dem Doppelhaushalt ein Paket vorliegt, das wir nicht zerlegen können, wären die Folgen einer Zustimmung ungleich heftiger.

Frau Begander, Herr Saatkamp, so richtig deutlich wird es nicht, was sie wollen.

Mir jedenfalls kommt beim Lesen ihrer Anträge sofort der Titel des Milton Friedman-Bestsellers „Kapitalismus und Freiheit“ in den Sinn und ich befürchte, dass sie einen massiven Abbau freiwilliger Leistungen im Blickfeld haben. Diese Einschätzung verstärkt sich durch die Debatte letzte Woche im Landtag.

Dort wurde es dann völlig grotesk. Die FDP leugnete dort sogar, dass es ein kommunales Finanzierungsproblem gäbe.

FDP-Innenminister Wolf und die FDP-Fraktion forderten die Kommunen stattdessen auf, endlich ihr Luxusleben zu beenden und so die Haushalte zu sanieren.

Da wurde selbst die CDU blass.

Und dazu sagen wir Grünen, dass es grade die Angebote einer Kommune sind, die Identifikation schaffen und wir sind froh, dass neoliberale Gedanken sich insgesamt, und zwar bundesweit, auf kommunaler Ebene nicht durchsetzen können.

Wir werden uns nicht selbst richten und lehnen ihren Antrag ab.

Bei der Lektüre der Anträge von BergAuf musste ich schmunzeln.

Ich habe mich nicht geärgert. Wirklich!

Das passiert mir nur, wenn ich aus ernst zu nehmendem Munde etwas höre. Bei den Kandidaten von BergAuf, die, wenn sie unter richtigem Namen antreten wie bei der letzten Bundestagswahl, nur von den eigenen Familienmitgliedern gewählt werden, sind die Forderungen ideologie-immanent.

Wenn BergAuf dann feststellt, dass genug Geld da sei, weil..

Zitat:

„schließlich die Stadt Bergkamen ca. 4. Millionen Euro Zinsen an die Banken zahlt“, dann ist es vorbei mit dem Grinsen, dann kann ich nur noch mit dem Kopf schütteln.

Herr Engelhard, bei aller persönlichen Wertschätzung, ich habe wirklich versucht, mich ernsthaft und vorurteilsfrei mit ihren Anträgen auseinander zu setzen. Aber es geht nicht. Sie wollen die Zinszahlungen einstellen und gleichzeitig von unserem Hauptkreditgeber, der Sparkasse, erhöhte Gewinnausschüttungen. Was soll ich dazu sagen?

Auch ist es schlicht und ergreifend Unsinn, wenn Sie durch ihren Antrag unterstellen, dass die Honorare der Dozenten gekürzt werden sollen. Absicht oder Unkenntnis, ich kann es nicht beurteilen.

Lesen Sie bitte ausser ihrem Zentralorgan, der „Roten Fahne“, auch die Mitteilungen der Kämmerei. Und lesen sie bitte genau, dann müsste ihnen klar sein, dass es um eine Absenkung der Kosten um 20.000€ von insgesamt 300.000€ handelt und nicht um eine Kürzung der Honorare der einzelnen Dozenten. Es gibt durchaus Angebote im Bereich VHS, die man auf den Prüfstand stellen kann, ohne die Qualität des Gesamtangebots zu mindern.

Und wenn Sie dann weiter die Absenkung einer Position im Produktbereich Stadtentwicklung fordern, um 50.000€, dann ist das ganz konkret und einfach, da es Personalkosten sind, das

Streichen von mehr als einer Stelle im Personalbereich. Erklären Sie mir, wie sie das den Beschäftigten in einem Bereich, der personell unterbesetzt ist, vermitteln wollen. Es ist unfassbar!

Sie sagen den Menschen fortlaufend die Unwahrheit. Sie erklären sich großspurig zur Interessenvertretung der Migranten und nehmen nicht einmal an der konstituierenden Sitzung des Integrationsrates teil.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Ich habe wesentliche, für uns wichtige Rahmenbedingungen von Politik skizziert. Wir können nicht die Gesetze des Universums beeinflussen. Wir können aber in unserem lokalen Mikrokosmos die Bedingungen für alle, die hier leben, verbessern und sichern.

Ich danke Ihnen!